



Stadt Zofingen

## **Protokoll des Einwohnerrates**

**Amtsperiode 2006/09**

### **2. Sitzung**

**Montag, 26. Mai 2008**

**17.30 – 19.45 Uhr im Stadtsaal**

#### **Vorsitz**

Käthi Hagmann, Ratspräsidentin

#### **Protokollführer**

Arthur Senn, Stadtschreiber

#### **Anwesend**

37 Mitglieder des Einwohnerrates

6 Mitglieder des Stadtrates

- Catrin Friedli-Accola, Stadtschreiber-Stv.
- Thomas Gloor, Leiter Stabsdienste
- René Küng, Leiter Finanzen und Personal
- Werner Ryter, Leiter Bau und Umwelt
- Stefan Wettstein, Polizeichef a. i.

#### **Entschuldigungen**

- Markus Gfeller, Einwohnerrat
- Fritz Hirschi, Einwohnerrat
- Miriam Ruf-Eppler, Einwohnerrätin
- Therese Müller, Stadträtin

<b><u>Traktanden</u></b>	<b><u>Seite</u></b>
<b>1. Inpflichtnahme von Franz von Büren (SP)</b>	258
<b>2. Mitteilungen</b>	258
<b>3. Ersatzwahlen</b>	
GK 148 Ersatzwahl von zwei Mitgliedern der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für den Rest der laufenden Amtsperiode 2006/09 (Ersatz für Yolanda Senn Ammann, SP, und Christoph Dombrowsky, DYM)	258
<b>4. Einbürgerungen</b>	
GK 149 Dadmal Khaybar, 1982, afghanischer Staatsangehöriger, Aarburgerstrasse 33	260
GK 150 Varayath geb. Pulickal Aleyamma, 1950, indische Staatsangehörige, Rebbergstrasse 19C	260
GK 151 Zlatunić Anita, 1989, kroatische Staatsangehörige, Rotfarbstrasse 1	260
GK 152 Zlatunić Pero, 1961, mit Ehefrau Zlatunić geb. Volić Marica, 1964, kroatische Staatsangehörige, Rotfarbstrasse 1	260
<b>5. Reglemente</b>	
GK 153 Änderung des Reglements über das Parkieren von Motorfahrzeugen auf öffentlichem Grund und die Erhebung von Kontrollgebühren (Parkgebührenreglement)	260
<b>6. Einwohnerrätliche Spezialkommissionen</b>	
GK 140 Berichterstattung der einwohnerrätlichen Spezialkommission Trottenweiher über die Abklärungen im Zusammenhang mit dem beantragten Zusatzkredit	264
<b>7. Parlamentarische Vorstösse</b>	
GK 130 Motion der Fraktion Dynamische Mitte vom 26. November 2007 betr. Zentrumsparking (Altstadtparking) (Begründung und Beantwortung)	268
GK 142 Motion der SP-Fraktion vom 17. März 2008 betr. Verkehrskonzept (Begründung und Beantwortung)	268
GK 143 Interpellation der SP-Fraktion vom 17. März 2008 betr. Korrekte Aktenauflage im Zusammenhang mit ordentlichen Einbürgerungen von ausländischen Staatsangehörigen (Begründung und Beantwortung)	269
<b>8. Umfrage</b>	270

## **Begrüssung**

Fr. Käthi Hagmann, Ratspräsidentin, begrüsst die anwesenden Mitglieder des Einwohnerrates, des Stadtrates, die Kaderleute der Verwaltung, die Medienvertreter sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne zur zweiten Sitzung im Jahr 2008.

Den Einwohnerratsmitgliedern wurden an der heutigen Sitzung folgende Unterlagen verteilt:

- Geschäftsbericht 2007 der Einwohnergemeinde Zofingen
- Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2007 der StWZ Energie AG
- Aktualisierte Sitzordnung
- Aktualisierte Telefonliste

Art. 99**Inpflichtnahme**

Die Vorsitzende bittet Franz von Büren (SP), neues Mitglied des Einwohnerrates, für die Vereidigung nach vorne.

Alle Anwesenden, inkl. Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne, werden gebeten, sich während der Inpflichtnahme von ihren Plätzen zu erheben.

Der Ratssekretär verliest die Gelübdeformel: „Ich gelobe, als Mitglied des Einwohnerrates die Ehre und die Wohlfahrt der Stadt Zofingen zu fördern und gemäss den Verfassungen und Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln.“

Das neu in den Rat nachgerückte Einwohnerratsmitglied Franz von Büren (SP) leistet das Amtsgelübde durch Nachsprechen der Worte „Ich gelobe es“.

Die Vorsitzende gratuliert Franz von Büren zur definitiv erfolgten Aufnahme in den Einwohnerrat und wünscht ihm viel Befriedigung bei der verantwortungsvollen Aufgabe.

**Mitteilungen**

Nachdem gegen die Protokolle der Einwohnerratssitzungen vom 22. Oktober 2007, 26. November 2007 und 17. März 2008 keine Einwände eingegangen sind, werden diese unter bester Verdankung an den Ratssekretär genehmigt.

Betreffend Spezialkommission Seniorenzentrum hat der Einwohnerrat am letzten Donnerstag – also unmittelbar nach der Büro-Sitzung – eine E-Mail von Stadtschreiber Arthur Senn erhalten, in welcher ausführlich dargelegt wurde, weshalb das Büro aufgrund der geänderten Ausgangslage zum jetzigen Zeitpunkt keinen Sinn darin mehr sieht, eine solche Spezialkommission einzuberufen.

Die Vorsitzende geht nicht mehr im Einzelnen darauf ein. Nur so viel, dass es zuerst zu einem Wettbewerb kommt. Sobald dieser abgeschlossen ist – aus heutiger Sicht im Herbst 2009 – wird das Büro wieder auf die Fraktionen zukommen. Es gilt allerdings zu beachten, dass dann noch Wahlen sind. Deshalb wird die neue Spezialkommission voraussichtlich erst nach den Wahlen ins Leben gerufen.

**Neueingang**

Folgender parlamentarischer Vorstoss ist neu eingegangen:

- Interpellation der SP-Fraktion betr. Unterstützung des Integrationsnetzes Region Zofingen

Art. 100**GK 148****Ersatzwahl von zwei Mitgliedern der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für den Rest der laufenden Amtsperiode 2006/09 (Ersatz für Yolanda Senn Ammann, SP, und Christoph Dombrowsky, DYM)**

Als Nachfolger wurden Marcel Murri (SP) und Robert Weishaupt (DYM) vorgeschlagen.

Hr. Hans-Martin Plüss bedankt sich bei der Vorsitzenden ganz herzlich dafür, dass er Marcel Murri kurz vorstellen darf.

Marcel Murri ist verheiratet und Vater von fünf Kindern. Von Beruf ist er Forstingenieur ETH. Er kennt sich also aus mit Tieren, Pflanzen und Lebensgemeinschaften. Aber auch in betriebs- und volkswirtschaftliche Zusammenhänge hat er einen tiefen Einblick. Marcel Murri arbeitet als Leiter einer Sektion bei der Abteilung Wald des Kantons Aargau. Er hat also Erfahrung als Führungsperson und ist spezialisiert auf Planungen und deren Umsetzung. Er weiss auch genau, wie man etwas möglichst erfolgreich aufgleisen muss, damit es umgesetzt werden kann. Marcel Murri ist Spezialist für das Design von Prozessen und ist als solcher bekannt im Departement. Politisch hat er ebenfalls einen breiten Hintergrund. Die letzten vier Jahre vor dem Zusammenschluss mit Zofingen war Marcel Murri Schulpflegepräsident in Mühlethal und hat mitgeholfen, die Fusion durchzuführen. Mit seinem politischen und beruflichen Hintergrund kann Marcel Murri mit den Stadträten auf gleicher Augenhöhe diskutieren, und so jemanden braucht es in der FGPK. Daneben ist er ein guter Typ, teamfähig und wird sehr viel zur Verstärkung der FGPK beitragen. Hans-Martin Plüss bittet den Einwohnerrat, Marcel Murri mit einer hervorragenden Stimmenzahl in die FGPK zu wählen.

Es werden keine weiteren Nominationen eingereicht, das Wort wird nicht mehr verlangt.

Für das Wahlbüro stellen sich folgende Personen zur Verfügung: Daniel Schmid (FDP), Marc Plüss (SVP) und Catrin Friedli, Stadtschreiber-Stv. Das vorgeschlagene Wahlbüro wird stillschweigend akzeptiert.

#### Zahl der Mitglieder des Einwohnerrates

Zahl der Anwesenden (1 Einwohnerratsmitglied erst später anwesend)

Eingelangte Stimmzettel

Abzüglich leere Stimmzettel

Abzüglich ungültige Stimmzettel

**In Betracht fallende Stimmzettel**

Vereinzelte leere Stimmen

Absolutes Mehr

**Stimmen haben erhalten und sind gewählt:**

Marcel Murri (SP)

Robert Weishaupt (DYM)

		<b>40</b>
		36
		36
	2	
	0	2
		<b>34</b>
		2
		17
		32
		34

Die Vorsitzende gratuliert Marcel Murri und Robert Weishaupt zu ihrer Wahl und fragt sie, ob sie bereit sind, diese Wahl anzunehmen.

Hr. Marcel Murri und Hr. Robert Weishaupt erklären Annahme der Wahl.

Die Vorsitzende wünscht den beiden neu Gewählten von Herzen alles Gute und viel Freude bei dieser anspruchsvollen Arbeit.

Bis das Resultat der Ersatzwahl von zwei Mitgliedern der FGPK bekannt gegeben werden konnte, befasste sich der Einwohnerrat mit den Traktanden Einbürgerungen und Änderung des Parkgebührenreglements.

Art. 101

#### Einbürgerungen

##### GK 149

**Dadmal Khaybar, 1982, afghanischer Staatsangehöriger, Aarburgerstrasse 33**

##### GK 150

**Varayath geb. Pulickal Aleyamma, 1950, indische Staatsangehörige, Rebbergstrasse 19C**

##### GK 151

**Zlatunić Anita, 1989, kroatische Staatsangehörige, Roffarbstrasse 1**

**GK 152**

**Zlatunić Pero, 1961, mit Ehefrau Zlatunić geb. Volić Marica, 1964, kroatische Staatsangehörige, Rotfarbstrasse 1**

Hr. Christoph Dombrowsky, Referent der FGPK und Mitglied der Einbürgerungskommission, hält fest, dass es sich bei den vier vorliegenden Einbürgerungsgesuchen um unproblematische Fälle handelt. Die Einbürgerungskommission sowie die FGPK empfehlen dem Einwohnerrat die Gesuche aufgrund der guten Integration der Bewerberinnen und Bewerber geschlossen zur Annahme.

Nachdem zu den Einbürgerungsgesuchen das Wort nicht weiter gewünscht wird, lässt die Vorsitzende über die stadträtlichen Anträge abstimmen:

GK 149

*Dadmal Khaybar, 1982, afghanischer Staatsangehöriger, Aarburgerstrasse 33*

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 34:0 Stimmen zugestimmt.

GK 150

*Varayath geb. Pulickal Aleyamma, 1950, indische Staatsangehörige, Rebbergstrasse 19C*

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 34:0 Stimmen zugestimmt.

GK 151

*Zlatunić Anita, 1989, kroatische Staatsangehörige, Rotfarbstrasse 1*

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 34:0 Stimmen zugestimmt.

GK 152

*Zlatunić Pero, 1961, mit Ehefrau Zlatunić geb. Volić Marica, 1964, kroatische Staatsangehörige, Rotfarbstrasse 1*

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 34:0 Stimmen zugestimmt.

Die Vorsitzende gratuliert den Gesuchstellern ganz herzlich zu ihrem sehr guten Resultat und wünscht ihnen alles Gute.

Art. 102

**GK 153****Änderung des Reglements über das Parkieren von Motorfahrzeugen auf öffentlichem Grund und die Erhebung von Kontrollgebühren (Parkgebührenreglement)**

Nach einer kurzen Vorbereitungszeit, für die er sich entschuldigt, führt Hr. Philipp Hangartner, Präsident der FGPK, Folgendes aus:

Die FGPK hat dieses Geschäft in einem normalen Zeitrahmen behandelt. Die FGPK ging insbesondere bei den Kosten und dem Nutzen in die Tiefe. Sie hat hinterfragt, ob man bereits jetzt voraussehen kann, wie sich der Nettoaufwand und der Nettoertrag verändern werden. Hier musste die FGPK zur Kenntnis nehmen, dass dies noch nicht abgeschätzt werden kann. Dies sei zu vage und zu weit weg. Man werde sich aber selbstverständlich Mühe geben, diese Sachen möglichst effizient rauszuholen.

Die FGPK hat weiter nach dem Einführungsdatum gefragt. Die Antwort darauf lautete, dass die Zielsetzung des Stadtrates der 1. Oktober 2008 sei. Anschliessend wurde über das Gesamtumfeld diskutiert. Die FGPK war der Meinung, dass mit dieser Vorlage vorerst eine kleine Revision der Parkordnung erfolgt. Eine grössere Revision soll erst angegangen werden, wenn allenfalls über ein zweites Parkhaus diskutiert wird. Für die FGPK war klar, dass dieses Geschäft

auf guten Beinen steht. Deshalb stimmte sie dem ersten und zweiten stadträtlichen Antrag mit je 8:0 Stimmen zu. Den dritten stadträtlichen Antrag konnte die FGPK lediglich zur Kenntnis nehmen.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet die Vorsitzende die Eintretensdebatte.

Hr. Stefan Giezendanner nimmt eine neue Perspektive zu diesem Geschäft auf. Vor etwas mehr als einem Jahr hat das bürgerliche Komitee, unter der Leitung von Marc Plüss und Stefan Giezendanner, mit der Gewissheit, dass unermüdliche Arbeit alles überwindet, sich direkt für „eine halbe Stunde kostenlos parkieren in Zofingen“, und somit selbstverständlich auch indirekt für die Änderung des Parkgebührenreglements, stark gemacht. Am 18. Juni 2007 hat die SVP Zofingen-Mühlethal daraufhin eine Motion eingereicht, welche vom Einwohnerrat anschliessend als Postulat überwiesen wurde.

Der Stadtrat legt dem Einwohnerrat jetzt ein neues, überarbeitetes Parkgebührenreglement mit einem Kreditantrag vor. Die Würfel sind gefallen. Zur fundierten Lagebeurteilung wurde von Seiten des Stadtrates ein öffentliches Vernehmlassungsverfahren durchgeführt, welches klar und deutlich gemacht hat, dass einerseits eine Gratis-Halbstunde und andererseits ein unterirdisches Parkhaus – vornehmlich beim Thutplatz oder unterhalb des Thutplatzes – erwünscht sind. Obwohl die SVP nicht mit allen Änderungen des Parkgebührenreglements einverstanden ist, unterstützt sie grundsätzlich die eingeschlagene Richtung des Stadtrates. Namentlich die Ausdehnung der gebührenpflichtigen Parkzeit und die starke Erhöhung der PW-Dauerparkier-Gebühren von CHF 90.– auf CHF 150.– pro Quartal mussten teilweise zähneknirschend akzeptiert werden. Hingegen werden die beabsichtigten Investitionen in die kundenfreundlichen Ticketautomaten begrüsst und als sinnvoll erachtet.

Gemäss Medienschaffenden bzw. Berichterstattung – insbesondere des Zofinger Tagblatt – haben sich die SP, FDP und SVP ohnehin klar zu der Vorlage geäussert. Von Seiten der Dynamischen Mitte war die Haltung nicht abschliessend eindeutig. Der Einwohnerrat soll heute parteiübergreifend und gemeinsam der Stadt Zofingen zu einer sinnvollen Attraktivitätssteigerung verhelfen und den Anträgen des Stadtrates zustimmen. Die SVP-Fraktion stimmt der Vorlage GK 153 sowie dem Kredit von rund CHF 140'000.– zu.

Hr. Hans Rudolf Schlatter teilt mit, dass, wie sein Vorredner bereits festgestellt hat, die Mehrheit der Dynamischen Mitte nicht so begeistert ist von dieser Vorlage. Es gibt zwei Hauptgründe dafür:

Der Stadtrat schreibt in seiner Vorlage von einem Zwischenschritt zur Steigerung der Attraktivität der Altstadt Zofingen. Was heisst hier Zwischenschritt, welches ist der nächste Schritt und wo ist das Endziel? Dazu fehlt eine Aussage. Weshalb weiss der Stadtrat dann, dass sein erster Zwischenschritt in die richtige Richtung geht, und nicht in die falsche? Die Attraktivität hängt wirklich nicht von diesen 20 Rappen ab, welche bald nicht mehr eingeworfen werden müssen, sondern vom Angebot der Läden, der Wohn- und der Lebensqualität in der Altstadt. Was soll für Fussgänger und Velofahrer daran attraktiver sein, wenn noch mehr Autos auf dem Thutplatz umherfahren und in der Hinteren Hauptgasse herumstehen?

In der Motion der Dynamischen Mitte, welche später noch behandelt wird, steht klar geschrieben, dass der Verkehr zu beruhigen und die Altstadt vom Suchverkehr zu entlasten sei. Die vorliegende Botschaft geht genau in die umgekehrte Richtung. Deshalb ist die Dynamische Mitte mehrheitlich gegen den ersten Antrag.

Hans Rudolf Schlatter ist ein wenig erstaunt, dass die Ratsrechte beim zweiten Antrag nicht wieder auf die Barrikaden steigt und „Sparen“ ruft. Die CHF 140'000.– bringen nur mehr Bequemlichkeit für die Autofahrer und keinen Rappen mehr in die Stadtkasse.

Zum Schluss auch noch einen Vorwurf an den Stadtrat: Die Dynamische Mitte findet, dass die vorhin hoch gelobte öffentliche Vernehmlassung eigentlich eine absurde Sache war. Mit einer Rücklaufquote von 1, 2 oder 3 Prozent – je nach dem, ob dies auf Einwohner, Autofahrer oder Stimmberechtigte berechnet wird – sagt diese rein gar nichts aus.

Fr. Anne-Käthi Kremer hält fest, dass die gesamte Verkehrsthematik oder -problematik in und um die Zofinger Altstadt selbstverständlich auch bei der SP ein Thema ist und diese sehr beschäftigt. So hat auch diese Vorlage über das Parkgebührenreglement Anlass zu längeren Diskussionen an der Fraktionssitzung gegeben. Bereits im Voraus kann gesagt werden, dass sich die SP bezüglich der Vorlage nicht einig wurde und deshalb Stimmfreigabe beschlossen hat.

Selbstverständlich ist es auch im Interesse der SP-Fraktion, dass die Zofinger Altstadt ein gesundes und attraktives Gewerbe hat. Sie ist aber überzeugt, dass die Plätze und Gassen in der Zofinger Altstadt besser genutzt werden können als zum Parkieren von Autos. Die SP wünscht sich und hofft, dass weitere Gassen und Plätze in der Altstadt zu verkehrsfreien Zonen umgestaltet werden. Wenn es dem Gewerbe in der Altstadt aber kurzfristig hilft, dass die erste halbe Stunde Parkieren in der Altstadt gratis ist, kann die Änderung des Gebührenreglements mehrheitlich akzeptiert werden.

Die SP glaubt aber nicht, dass mit dieser Massnahme die Probleme des Gewerbes in der Altstadt gelöst werden können. Deshalb nochmals die Betonung darauf, dass das langfristige Ziel von Seiten der SP eine verkehrsfreie Altstadt ist. Denn der Stadtrat hat richtig erkannt, dass Zofingen im Vergleich zu anderen Städten im Aargau überdurchschnittlich viele Parkplätze in der Altstadt hat. Die SP-Fraktion fordert den Stadtrat deshalb auf, in der Verkehrsplanung nochmals einen Effort zu leisten und sich die parkplatzfreie Altstadt von Aarau als Beispiel zu nehmen sowie die aktuelle Vorlage wirklich nur als Zwischenschritt zur Steigerung der Attraktivität der Zofinger Altstadt anzusehen.

Der Kredit für die Umstellung der Ticketautomaten auf Nummernautomaten auf dem ganzen Gemeindegebiet ist zwar eher hoch, aber die SP befürwortet auch diesen mehrheitlich. Anne-Käthi Kremer freut es persönlich ganz besonders, wenn die weissen Zettelchen dann nicht mehr, wie bisher üblich, in ihrem Garten landen.

In diesem Sinne ist die SP gespannt, ob die erste halbe Stunde gratis Parkieren den ersehnten und nötigen Aufschwung für das Gewerbe in der Altstadt bringt und sagt mehrheitlich ja zur Vorlage, weil sie hofft und überzeugt ist, dass der Stadtrat daraufhin mit Hochdruck an der Attraktivitätssteigerung der Altstadt weiterarbeiten wird.

Hr. Herbert H. Scholl, Stadtrat, möchte im Namen des Stadtrates zuerst für die mehrheitlich positive Aufnahme der Vorlage danken. Dies ist nicht selbstverständlich, und der Stadtrat ist deshalb über die Reaktion der Einwohnerratsfraktionen erfreut. Zu einzelnen Aussagen der Fraktionssprecherinnen und -sprecher möchte Herbert H. Scholl gerne kurz Stellung nehmen:

#### Aussage von Stefan Giezendanner

Selbstverständlich ist es nicht immer nur positiv, wenn man Gebühren erhöhen möchte. Der Stadtrat war aber der Meinung, dass mit dem Beiblatt zur Vorlage offen darüber orientiert wird, was der Stadtrat in eigener Kompetenz – gestützt auf das Parkgebührenreglement – für Beschlüsse fassen möchte. Bei den Dauerparkier-Gebühren, welche ein wenig umstritten sind, schöpft der Stadtrat einfach den Rahmen aus, welcher ihm der Einwohnerrat seinerzeit gegeben hat. Man geht also nicht über das, was aufgrund des jetzt bestehenden Reglements möglich ist, hinaus. Es ist ein wenig eine Art der Gleichbehandlung, dass jene, welche ihre Fahrzeuge auf öffentlichem Grund und Boden abstellen, ein Gleiches tun müssen wie jene, welche selber für Abstellmöglichkeiten auf ihrem privaten Grundstück gesorgt haben. Im Vergleich dazu sind die Tarife immer noch günstig.

#### Aussage von Hans Rudolf Schlatter

Den meisten hier im Saal ist vermutlich bekannt, dass es in Zofingen eine Art historischer Kompromiss gibt über die Gestaltung, die Anzahl und das Verhältnis der Oberflächenparkplätze zum Parkhaus. Diese Diskussion liegt Jahrzehnte zurück, und beim Bau des Parkhauses am Bahnhof wurde der Kompromiss ausgehandelt, dass, solange es kein weiteres Parkhaus gibt, die Anzahl der Oberflächenparkplätze bestehen bleibt. Deshalb hat der Stadtrat in dieser Vorlage den Kompromiss wieder aufgenommen und geschrieben, dass dann wieder eine grundsätzliche Diskussion möglich ist, wenn man darüber berät, wie es weiter gehen soll im Zusammenhang mit dem Bau oder der Realisierung eines zusätzlichen Parkhauses.

Vielleicht hat der Einwohnerrat in den Interpellations-Beantwortungen gesehen, dass der Stadtrat nach wie vor hinter dieser Linie steht. Deshalb ist dies wirklich ein Zwischenschritt, welcher die weitere Entwicklung im Hinblick auf den Bau eines neuen Parkhauses und dann eine Diskussion über die Oberflächenparkplätze eben nicht verhindert.

Der Stadtrat ist aber besorgt über die Entwicklung der Altstadt. Er sieht, wie die Veränderungen, die Nutzungsänderungen, das Abwandern von Kaufkraftströmen Richtung Norden, in die Zentren bei der A1 in Oftringen, in einem rasanten Tempo stattfinden. Der Stadtrat musste auch beurteilen, wie die Rendite des jetzigen Parkhauses ist. In den Unterlagen im Zusammenhang mit der Generalversammlung des Parkhauses sieht man, dass die Rendite nicht dort liegt, wo sie bei vergleichbaren Parkhäusern in vergleichbaren Gemeinden liegt. Es könnte also sein, dass es noch eine Zeitlang geht, bis das neue Parkhaus wirklich realisiert werden kann. Weil dies auch finanziell gut abgestützt sein muss. Deshalb ist der Stadtrat der Auffassung, dass jetzt gehandelt werden muss, und der Zwischenschritt jetzt gemacht werden muss. Und dass mit einem psychologischen Zeichen, dass bei Kurzeinkäufen in der Altstadt gratis parkiert werden kann, die Rahmenbedingungen für das Gewerbe verbessert werden können. Dass das Gewerbe diese Rahmenbedingungen selber nutzen muss, ist klar. Der Stadtrat betreibt keine Läden, Wirtschaften, Hotels usw. Es ist eine Einladung an diese Unternehmerinnen und Unternehmer, dieses Zeichen effektiv aufzunehmen und selber die Initiative zu ergreifen.

Der Stadtrat ist der Meinung, dass die CHF 140'000.–, welche ein wenig kritisiert werden, ebenfalls zur Attraktivitätssteigerung gehören. Ein psychologisches Zeichen, ein wenig mehr Ordnung... Anne-Käthi Kremer hat es gesagt, die Zettelwirtschaft braucht es nachher nicht mehr. Zudem ist dies viel bequemer und auch moderner. Es entspricht dem heutigen Stand der Parkuren, dass keine Zettel mehr gelöst und kompliziert hinter der Windschutzscheibe deponiert werden müssen.

Herbert H. Scholl ist ein wenig erstaunt über den Vorwurf von Hans Rudolf Schlatter wegen der Vernehmlassung. Der Stadtrat war offen und sagte, dass alle, welche wollen, mitmachen können. Es sind eher jene, welche nicht mitgemacht haben, ein wenig selber schuld, dass die Teilnehmerzahl gering ausfiel. „Les absents ont toujours tort“ – dies gilt auch hier. Der Stadtrat hat sich geöffnet, sagte, wer mitmachen kann und soll. Und bei den anderen nimmt man einmal an, dass sie eigentlich gar nicht so dagegen sind, da sie sich sonst bestimmt gewehrt hätten. Ob der Schluss ganz zulässig ist, lässt er offen, aber es geht bestimmt ein wenig in diese Richtung.

#### Aussage Anne-Käthi Kremer

Weitere Gassen umgestalten, verkehrsfrei oder verkehrssarm machen hat einen Zusammenhang mit dem Bau eines weiteren Parkhauses. Dies möchten ja alle. Möglichst ein günstiges und nahes Parkhaus, von welchem aus man sofort in die Wirtschaften, Läden, Hotels, Geschäfte usw. gehen kann. Nur ist dies finanziell auch noch näher abzuklären. Ein besseres Argument für den Kredit von CHF 140'000.–, als jenes von Anne-Käthi Kremer, gibt es nicht. Um die Pfarrgärten zettelfrei zu machen, muss diesen CHF 140'000.– zugestimmt werden.

Herbert H. Scholl dankt nochmals für die positive Aufnahme und ist zuversichtlich, dass der Stadtrat mit diesen Anträgen richtig gehandelt hat.

Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet die Vorsitzende die Detailberatung über die Vorlage.

Es erfolgen keine Wortmeldungen. Die Vorsitzende lässt über die stadträtlichen Anträge abstimmen:

1. *Das Reglement über das Parkieren von Motorfahrzeugen auf öffentlichem Grund und die Erhebung von Kontrollgebühren (Parkgebührenreglement) vom 18. März 1996, in der Fassung vom 14. Mai 2001, sei wie folgt zu ändern:*

#### § 2 Abs. 3 Gebührenrahmen

*Für die Kontrollgebühren wird folgender Rahmen festgelegt:*



- Zone I	Erste halbe Stunde	gratis
	Zweite halbe Stunde	CHF 1.–
	Zweite Stunde	CHF 3.–

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 27:8 Stimmen zugestimmt.

2. Für die Umstellung der Ticketautomaten auf Nummernautomaten auf dem ganzen Gemeindegebiet von Zofingen sei ein Kredit zulasten der laufenden Rechnung von CHF 140'000.– zu bewilligen.

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 32:1 Stimmen zugestimmt.

3. Folgende Postulate seien von der Kontrolle abzuschreiben:

3.1 GK 13 Postulat Philipp Hangartner (SVP) vom 8. September 2005 betr. Parkieren in Zofingen; überwiesen am 15. Mai 2006.

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 31:0 Stimmen zugestimmt.

3.2 GK 100 Postulat der SVP-Fraktion vom 18. Juni 2007 betr. Parkieren in Zofinger Altstadt: Erste halbe Stunde kostenlos; überwiesen am 26. November 2007.

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 35:0 Stimmen zugestimmt.

Art. 103

## **GK 140**

### **Berichterstattung der einwohnerrätlichen Spezialkommission Trottenweiher über die Abklärungen im Zusammenhang mit dem beantragten Zusatzkredit**

Als Hr. Hans-Martin Plüss, Präsident Spezialkommission Trottenweiher, gestern Nachmittag bei der Baustelle Trottenweiher vorbeiging, spazierte dort bereits ein älterer Mann und hat die Sitzblöcke ausprobiert. An dem Ort, an welchem später einmal der Spielplatz hinkommt, sind schon zwei Kinder zusammen herumgetollt. Man kann sagen, dass die Bauarbeiten weit fortgeschritten sind und der Alltag beinahe eingekehrt ist. Auch wenn man sich ein wenig umhört, hat man das Gefühl, dass diese Geschichte fast gegessen und bestimmt auch teilweise verdaut ist. Deshalb möchte Hans-Martin Plüss darauf verzichten, nochmals all diese Fehler und Mängel aufzuzählen, welche zu dieser wirklich unglaublichen Kostenüberschreitung geführt haben. Natürlich auch in Verbindung mit einer gehörigen Portion Pech bei der Bauausführung.

Die Spezialkommission hat in fünf Sitzungen die Vorgeschichte untersucht und eine relativ aufwändige Arbeit betrieben. Davon war eine Sitzung ganztägig. An dieser Sitzung wurden mit den Personen Gespräche geführt, welche bei diesem Bauvorhaben an vorderster Front beteiligt waren. Dies war für alle Kommissionsmitglieder sehr lehrreich. Nach jedem Gespräch konnten sie nämlich wieder neue Aspekte erkennen. Was aber alle zusammen festgestellt haben, ist, dass in Bezug auf die Führung und Organisation der Bauvorhaben der Stadt Zofingen ein grosser Nachholbedarf besteht. Die Spezialkommission erwartet vom Stadtrat, dass er diesen Nachholbedarf angeht und prioritätengerecht aufarbeitet, und dies möglichst rasch.

Die Kommission hat all diese Punkte in ihrem Schlussbericht aufgelistet, und Hans-Martin Plüss geht davon aus, dass der Einwohnerrat diesen gelesen hat. Zur Kommissionsarbeit kann vielleicht noch gesagt werden, dass diese inklusive externer Protokollführung Kosten von knapp CHF 8'000.– verursacht hat. Also nur 40 % der Kosten für den Visura-Bericht.

Hans-Martin Plüss möchte noch etwas Persönliches dazu sagen: Als die Kommissionsmitglieder hinter die Kommissionsarbeit gingen, hatte er einen riesigen Respekt vor dieser Aufgabe. Nachdem beim Projekt Trottenweiher zuvor alles schief gelaufen war, konnte er nicht damit rechnen, dass in den Kommissionsarbeiten plötzlich alles wie durch Butter geht. Dies ist es aber. Und zwar Dank der sehr guten Zusammenarbeit mit dem Stadtrat. Am Anfang brauchte es aber ein wenig Anlaufzeit auf beiden Seiten. Im Weiteren war ein wichtiger Faktor, dass die Kommission von der Verwaltung, den ehemaligen und externen Mitarbeitenden, mit welchen sie die Gespräche geführt hat, sehr offene Auskünfte erhalten hat. Diese sind auch zu ihren Fehlern gestanden. So konnten die Probleme natürlich rasch aufgedeckt werden. Der wichtigste Punkt war die absolut gute Zusammenarbeit innerhalb der Kommission, auch auf der persönlichen Ebene. So hat die Kommissionsarbeit echt Spass gemacht. All die anfänglichen Sorgen sind nicht eingetroffen. Deshalb möchte Hans-Martin Plüss allen danken, die mitgeholfen haben. Insbesondere der Kommission und dem Protokollführer.

Die Spezialkommission Trottenweiher stellt dem Einwohnerrat den Antrag, dass er von diesem Schlussbericht Kenntnis nimmt.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, hat – als er mit seinem Stadtratskollegen Jürg Bachmann an der Abschlussitzung der Spezialkommission war – versprochen, dass der Stadtrat im Rahmen der Beratungen zum Spezialbericht noch ausführlicher Stellung nehmen würde zu den Empfehlungen der Spezialkommission. Der Stadtammann holt dies sehr gerne nach.

Betreffend den massiven Mehrkosten beim Projekt „Sanierung von Volière und Wasserteil Trottenweiher“ hat der Stadtrat von Anfang an begrüsst, dass fundierte Abklärungen durch eine Spezialkommission, welche durch den Einwohnerrat eingesetzt wird, getroffen werden. Der Stadtrat erachtet den Schlussbericht der Spezialkommission als sehr kompetent und fair. Er bedauert, dass ihm in der Projektabwicklung solche Fehler unterlaufen sind und übernimmt als Gesamtgremium die Gesamtverantwortung dafür. Der Stadtrat bedankt sich bei der Kommission auch für die fundierte Arbeit und die abgegebenen Empfehlungen. Er stellt mit Befriedigung fest, dass die Empfehlungen der Kommission die gleiche Stossrichtung aufweisen, wie sie der Stadtrat jetzt auch eingeschlagen hat. Dies, um Massnahmen zur Behebung der Defizite bei der Projektabwicklung sowie der Organisation in der Bauverwaltung zu ergreifen. Der Stadtrat fühlt sich auch in seinem bisherigen Handeln bestätigt. Vor allem im Bereich der Personalführung, der Verwaltungsorganisation und auch bezüglich der gefällten Personalentscheide.

Zur Stärkung der Führungsverantwortung und -kompetenz hat der Stadtrat bereits seit Beginn dieser Legislatur monatliche Kaderweiterbildungsveranstaltungen etabliert. Gerade heute Nachmittag fand eine solche statt. Der Stadtrat sieht jedoch das von der Spezialkommission festgestellte und gerügte Führungsverhalten in der Bauverwaltung als Einzelfall an. Er glaubt aber, dass das Kader durch die gemeinsamen Weiterbildungsveranstaltungen punkto Vernetzung und Zusammenbeitskultur gefördert werden kann. Der Stadtrat weist darauf hin, dass in der Bauverwaltung einige der von der Kommission abgegebenen Empfehlungen bereits umgesetzt wurden, oder noch in diesem Jahr umgesetzt werden sollen. Im Detail sehen der verantwortliche Ressortvorsteher, Stadtratskollege Hansruedi Gilgen, und der Bereichsleiter, Werner Rytter, folgenden Fahrplan vor:

Für alle Mitarbeitenden des Bereichs Bau und Umwelt wurden Stellenbeschriebe mit Pflichtenheft erarbeitet. Auf den 1. Mai und den 1. Juni 2008 wurden bzw. werden die letzten offenen Stellen besetzt. Danach gilt es, die bestehenden Stellenbeschriebe auf die neuen Mitarbeitenden anzupassen. Dabei geht es vor allem um die Stelle des Baugesuchskoordinators, welche neu eingeführt wird. Dieser soll die Projektleitenden im Bereich Hochbau entscheidend entlasten. Entsprechend müssen diese Stellenbeschriebe bei Stellenantritt des neuen Mitarbeitenden nochmals umgeschrieben werden. Bis Ende April 2008 wurden alle Projektkontrollblätter der laufenden Projekte ergänzt und bereinigt. Bei neuen Projekten werden konsequent Projektkontrollblätter erstellt. Die ersten Angaben auf diesen Kontrollblättern haben einen Bezug zu den Zielen und den Verantwortlichkeiten innerhalb der einzelnen Projekte. Dies wird als erstes definiert.

Noch in diesem Jahr werden alle Kernprozesse, wie beispielsweise der Ablauf eines Baubewilligungsverfahrens, dokumentiert und, falls nötig, optimiert. Die Evaluierung der Kernprozesse erfolgt in diesen Tagen. Die Entwürfe werden im Juli oder August 2008 vorliegen. Bis Ende Juni 2008 wird der Projektleitfaden überarbeitet, auch dies eine Empfehlung der Kommission. Federführend in diesem Bereich sind die Stabsdienste, und zwar in enger Zusammenarbeit mit dem Bereich Bau und Umwelt. Im Verlaufe dieses Jahres werden auch die Grundlagen für die Einführung der Leistungserfassung in der Bauverwaltung erarbeitet. Die Leistungserfassung mit dem System Projekto bedingt eine sorgfältige Überarbeitung des Auftragsstammes. Der Entwurf der BDO Visura bildet die Grundlage für diese Überarbeitung. Dieser Entwurf wird nochmals optimiert und ergänzt. Der Stadtrat hat gesehen, dass dieser nicht alle Produkte enthält, welche in diesem Bereich geführt werden. Die bereinigte Version ist bis Ende Oktober 2008 bereit.

Bis Ende 2008 will der Stadtrat auch im Bereich Bau und Umwelt das Kostencontrolling standardisiert haben. Bis jetzt wurden praktisch von jedem Projektleiter individuelle Kostencontrollings geführt. Der Stadtrat will auch ein regelmässiges Reporting an den verantwortlichen Ressortvorsteher etablieren. Ebenfalls bis Ende 2008 will der Rat die Vergaberichtlinien für Bauprojekte erarbeitet haben. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass, als sich der Stadtrat im Kanton ein wenig umgehört und beim Departement Bau, Verkehr und Umwelt nachgefragt hat, die Stadt Zofingen offensichtlich eine der ersten Gemeinden ist, welche trotz eines bindenden Submissionsdekrets solche Vergaberichtlinien erarbeitet. Dies hat den Stadtrat doch ein wenig gewundert.

Diese Richtlinien möchte der Stadtrat in der FGPK besprechen, und zwar damit beide Instanzen vom gleichen reden und nach den gleichen Spielregeln spielen. Der Stadtamann kann aus eigener Erfahrung sagen, dass er bei bestehenden Projekten zwei-, dreimal bemerkt hat, dass nur schon das Wort „Wettbewerb“ nicht für alle dasselbe bedeutet. Hier muss gemeinsam definiert werden, was wirklich gemeint ist, wenn von einem „Wettbewerb“ die Rede ist.

Bis Ende 2008 wird im Bereich Finanzen und Personal ein Delegationsreglement erarbeitet, welches dann für die ganze Verwaltung gilt. Aber es ist natürlich klar, dass vor allem der vergabeintensive Bereich Bau und Umwelt nachher ganz speziell auf dieses Delegationsreglement angewiesen ist.

Der Stadtrat wird die Empfehlung betreffend Ressortzuteilung im Zusammenhang mit Bauprojekten, welche ihm die Kommission mitgegeben hat, intensiv prüfen. Die Spezialkommission hinterfragte, weshalb die Bauprojekte auf so viele verschiedene politische Verantwortliche verteilt sind. Der Rat hat auch dies in diversen Workshops diskutiert. Es ist kein ganz einfaches Problem, weil der Stadtrat mit der aktuellen Struktur und Pensenverteilung wenige Möglichkeiten sieht, dem nachzukommen, dass alle Bauprojekte bei einem politischen Verantwortlichen konzentriert werden. Nichts desto trotz wird der Stadtrat dieses Thema im Hinblick auf die kommende Legislatur nochmals aufnehmen. Dort bestehen die Möglichkeiten für eine neue Ressort- und auch Pensenverteilung, und der Rat wird dies intensiv prüfen.

Der Stadtrat dankt nochmals der Kommission für ihre sehr fundierte und fruchtbare Arbeit. Er wird auch in Zukunft über die weitere Umsetzung dieses Empfehlungspakets orientieren, und zwar jedes Jahr in den ordentlichen Geschäftsberichten.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet die Vorsitzende die Eintretensdebatte.

Hr. Heinz Vöckl hält fest, dass auch die FDP-Fraktion finde, die Spezialkommission Trottenweher habe einen fundierten, kompetenten und wegweisenden Bericht abgeliefert. Die FDP-Fraktion dankt der Kommission für die grosse Arbeit.

Erfreut ist die Fraktion über die bereits umgesetzten und eingeleiteten Massnahmen zur Behebung der Defizite im Bereich Prozessabläufe, Projektmanagement und der Kostenkontrolle. Dies stimmt die FDP-Fraktion zuversichtlich im Hinblick auf kommende Geschäfte.

Ab sofort ist die Verwaltung gefordert für neue Geschäfte plausible Grundlagen zu liefern, welche auch einem Laien ermöglichen, ein Geschäft auf Zweckmässigkeit, Vollständigkeit und Wirtschaftlichkeit zu prüfen, ohne, dass dieser fundierte Fachkenntnisse haben muss.

Das Parlament und insbesondere die FGPK müssen sich überlegen, wo zukünftig der Hebel angesetzt und zusätzliche Kontrollen geplant werden, um solche Entgleisungen zu vermeiden. Dabei muss aber auch der Mut aufgebracht werden, eine Vorlage, welche den verlangten Standard nicht erreicht, zurückzuweisen.

Die FDP-Fraktion nimmt den Schlussbericht der Spezialkommission Trottenweiher und die Stellungnahme des Stadtrates zur Kenntnis und ist gespannt auf die Veränderungen in den Projektabläufen, auf den Einsatz der bis heute fehlenden Hilfsmittel, die Neuregelungen der Aufgaben, Verantwortung und Kompetenzen sowie die Einführung eines Kostencontrollings. Die Fraktion erwartet vom Stadtrat periodische Informationen über den Stand der Umsetzung.

Hr. Marcel Thüler teilt mit, dass die SP-Fraktion der Meinung ist, dass zu einem solch umfassenden Bericht ebenfalls ein Kommentar abgegeben werden sollte. Die Fraktion hat relativ lange über den Bericht diskutiert. Zuerst einen Dank an die Spezialkommission, welche eine sehr gute und umfassende Arbeit geleistet hat. Der Schlussbericht gibt einen sachlichen Einblick über die Geschehnisse rund um den Trottenweiher und lässt vielleicht ein wenig besser verstehen, was alles vorgefallen ist.

Was die SP-Fraktion festgestellt hat, ist, dass nicht eine Person oder ein ganzer Personenkreis dafür zur Rechenschaft gezogen werden kann. Es ist im Gegenteil eher so, dass eine erweiterte Gruppe von Personen an dem Ganzen beteiligt war, und der Einwohnerrat gehört auch dazu. Damit will Marcel Thüler sagen, dass nicht nur die Verwaltung Entscheidungsträger ist, da der Einwohnerrat das Geschäft schlussendlich beschlossen hat.

Die SP-Fraktion ist der Ansicht, dass die Einwohnerratsvorlagen in Zukunft an Qualität, Informationsgehalt und Quantität zulegen könnten. Das heisst aber auch, dass der Einwohnerrat lernen muss, mit mehr Informationen umzugehen. Der Einwohnerrat darf, sollte und muss kritisch sein. Dies ist seine Aufgabe. Marcel Thüler will hier nicht den Zeigefinger heben, aber alle daran erinnern, dass der Einwohnerrat auch einmal „Nein“ oder „Nein, dies gefällt uns nicht“ sagen kann. Momentan ist es meistens so, dass der Rat eher sagen kann „Also gut, sagen wir einmal ja“. Der Einwohnerrat trägt die Entscheidung für die Bevölkerung, und es ist wichtig, dass ihm dies bewusst ist.

Die SP-Fraktion nimmt den Schlussbericht zur Kenntnis.

Hr. Hans-Martin Plüss, Präsident Spezialkommission Trottenweiher, möchte nur noch auf die Ausführungen des Stadtammanns Bezug nehmen. Bereits in der Spezialkommission kam ein Teil der Massnahmen, welche der Stadtrat jetzt in Bewegung gesetzt hat, zur Sprache, und die Kommission ist mit diesem ambitiösen Programm zufrieden. Sie wünscht dem Stadtrat viel Glück bei der Umsetzung und der Einführung der Instrumente. Auch der Verwaltung wünscht sie eine sorgfältige Hand und viel Glück bei der Umsetzung und hofft, dass in Zukunft mit all diesen Mitteln solche Kostenüberschreitungen vermieden werden können. Im Weiteren hofft Hans-Martin Plüss, dass der Trottenweiher bald einmal fertig gestellt und eröffnet wird und der Alltag wieder einkehren kann.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen mehr. Die Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen:

*Vom Schlussbericht der Spezialkommission Trottenweiher vom 4. April 2008 und von der Stellungnahme des Stadtrates sei Kenntnis zu nehmen.*

Dem Antrag wird mit 36:0 Stimmen zugestimmt.

(Sitzungspause)

Art. 104**GK 130****Motion der Fraktion Dynamische Mitte vom 26. November 2007 betr. Zentrumsparking (Altstadtsparking) (Begründung und Beantwortung)****GK 142****Motion der SP-Fraktion vom 17. März 2008 betr. Verkehrskonzept (Begründung und Beantwortung)**

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass der Stadtrat beide Motionen zusammen beantwortet hat, weil sie sich in der grundsätzlichen Forderung kaum unterscheiden. Aus diesem Grund werden sie auch hier gleichzeitig behandelt. Am Schluss wird jedoch einzeln über die Überweisung abgestimmt.

Fr. Irma Jordi spricht hier eigentlich in Vertretung der Einwohnerratspräsidentin. Käthi Hagmann hat diese Motion als Erstunterzeichnerin eingereicht. Wie vorab bereits gehört und diskutiert, geht der Schritt des Stadtrates in die richtige Richtung. In erster Linie wird die Parkierung anders organisiert, und der Stadtrat ist durchaus gewillt, in einem weiteren Schritt das Zentrumsparking an die Hand zu nehmen. Einerseits zu Gunsten der Bewohnerinnen und Bewohner, damit der Verkehr beruhigt werden kann. Das Problem des vielen Suchverkehrs in der Altstadt ist bekannt. Andererseits zu Gunsten der Geschäfte sowie deren Kundschaft, welche zentral parkieren und ihre Geschäfte schnell erledigen möchten.

Wo das Zentrumsparking zu stehen kommt, ist noch offen. Dies muss in weiteren Abklärungen ausfindig gemacht werden. Der Thutplatz ist schon seit Jahrzehnten ein Thema in der Stadt Zofingen. Es wäre aber auch durchaus möglich, dass östlich der Altstadt ein solches Parking erstellt würde, um beispielsweise den Stadtsaal zu erschliessen.

Grundsätzlich ist die Dynamische Mitte erfreut, dass der Stadtrat bereit ist, diese Motion entgegenzunehmen und hofft, dass dabei niemandem das Gesicht einschläft und das Ganze möglichst schnell vorangeht.

Hr. Michael Wacker hält fest, dass der Stadtrat in seiner Mitteilung vom 14. Mai 2008 zu den beiden Motionen richtig feststellt, dass in Zofingen ein Gesamtkonzept betreffend Parkierung fehlt. Gleichzeitig verspricht er aber die Inangriffnahme einer Parkraumplanung. Die SP-Fraktion nimmt dies erfreut zur Kenntnis. Insbesondere die gestellten Fragen nach Perimeter, Bestand, Bedarf und räumlicher Verteilung zur besagten Parkraumplanung sind richtig und wichtig.

Stadtrat Herbert H. Scholl hat beim vorangehenden Geschäft GK 153 erwähnt, dass die Rendite des heutigen Parkhauses nicht optimal ist und nicht den Wünschen entspricht. Also kann wahrscheinlich gesagt werden, dass die Parkraumplanung von dazumal nicht verhält und nicht optimal ist. Heute gibt es beispielsweise Oberflächenparkplätze in der Pfistergasse, welche Michael Wacker ebenfalls benützt, bevor er ins Parkhaus herunterfährt. Die SP-Fraktion ist der Ansicht, dass dieser Kompromiss ebenfalls nochmals überdacht werden könnte.

Nicht einverstanden erklären kann sich die SP mit dem zweiten Teil der stadträtlichen Antwort. Die Fraktion ist ganz klar der Ansicht, dass im 21. Jahrhundert eine Altstadt vom motorisierten Verkehr möglichst befreit sein sollte. Dass die Gassen und Plätze in der Altstadt besser genutzt werden können als zum Parkieren von Fahrzeugen, sollte eine Voraussetzung sein – eine Voraussetzung dieser Parkraumplanung. Wenn man dies unter diesem Aspekt betrachtet und sagt, das Ziel ist eine verkehrsfreie Altstadt, dann wird das Parkhaus logischerweise zu einem Abfallprodukt einer solchen Parkraumplanung. Will man die Parkplätze nicht mehr oberirdisch haben, müssen sie demnach unterirdisch sein, und dann stellt sich eben die Frage, wie viele es sein müssen und wo diese sein müssen.

In ihrer Motion ging die SP noch ein wenig weiter und stellte fest, dass Zofingen nicht nur aus der Altstadt besteht, und die grössten Verkehrsprobleme ausserhalb dieser zu finden sind. Im Geschäftsbericht 2006 erwähnt der Stadtrat das Verkehrsmodell Zofingen, welches in Zusammenarbeit mit dem Departement BVU erarbeitet wurde. Darin wird angesprochen, dass das Gegenverkehrsprinzip um die Altstadt auch in den nächsten ca. 10 Jahren – also bis 2016 – die grösste Leistungsfähigkeit bietet. Daraus ergibt sich zwangsläufig die Frage: „Und nach 2016?“

Bis dahin sind die ERZO-Spange sowie die Unterführung Strengelbacherstrasse realisiert, und man geht davon aus, dass auch der Richtplan Untere Vorstadt ein wenig weiter entwickelt sein wird. Unter diesen Voraussetzungen ist die SP-Fraktion der Ansicht, dass das Festhalten an zwei vollwertigen Nord-Süd-Verbindungen östlich und westlich der Altstadt nicht der Weisheit letzter Schluss sein kann. Die SP fordert daher den Stadtrat auf, in der Verkehrsplanung nochmals einen Effort zu leisten und in diesem Zusammenhang auch unkonventionelle Lösungen zu überprüfen oder überprüfen zu lassen. Der durch die SP vorgeschlagene Einbahnverkehr um die Altstadt könnte eine dieser Lösungen sein. Eine weitere Lösung könnte beispielsweise die Konzentration des Durchgangsverkehrs auf die Untere Grabenstrasse und eine Verkehrsberuhigung auf der General-Guisan-Strasse sein.

Die SP sieht ein, dass die eingereichte Motion zu einschränkend ist, damit der Stadtrat die Aufgabe eines Gesamtverkehrskonzepts, beruhend auf mobilem Individualverkehr, öffentlichem Verkehr sowie Langsamverkehr in Angriff nehmen kann. **Aus diesem Grund zieht die SP-Fraktion ihre Motion zurück.**

Dass aber das Thema Verkehr in Zofingen mit hoher Priorität zu behandeln ist, zeigen die unzähligen Vorstösse aller Fraktionen in den letzten Jahren im Einwohnerrat. Die SP erwartet deshalb vom Stadtrat in nächster Zeit eine Auslegeordnung der verschiedenen Verkehrs- und Verkehrsplanungsprobleme und damit einhergehend eine breite Information und Diskussion über die verschiedenen Lösungsansätze. Ganz im Sinne, wie es auch die FDP in ihrer Medienmitteilung zu anderen Themen vom letzten Samstag gefordert hat.

Der Stadtrat hat keine Ergänzungen zur schriftlichen Beantwortung.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, lässt die Vorsitzende über die Überweisung der Motion der Fraktion Dynamische Mitte vom 26. November 2007 abstimmen:

Der Überweisung der Motion wird mit 36:0 Stimmen zugestimmt.

Art. 105

### **GK 143**

#### **Interpellation der SP-Fraktion vom 17. März 2008 betr. Korrekte Aktenauflage im Zusammenhang mit ordentlichen Einbürgerungen von ausländischen Staatsangehörigen (Begründung und Beantwortung)**

Die Interpellation ist schriftlich begründet, und eine schriftliche Beantwortung des Stadtrates liegt ebenfalls vor.

Hr. Michael Wacker hält fest, dass die SP vollumfänglich zufrieden ist mit dieser Beantwortung. Der Grund für diese Interpellation war, dass bei Einbürgerungen „unglückliche Formulierungen in den Einwohnerratsvorlagen“ in letzter Zeit ab und zu zu Diskussionen geführt haben. Hier hat sich die SP die Frage gestellt, wie dies im Zusammenhang mit der Einführung des Gesetzes aussehen wird.

Von Seiten des Stadtrates werden keine Ergänzungen zur schriftlichen Beantwortung gemacht.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Art. 106**Umfrage**Hinweis der Protokollführung

An der Einwohnerratssitzung wurden zuerst alle Fragen gestellt, und danach folgten die Beantwortungen durch den Stadtrat. Aus Gründen der Übersichtlichkeit folgt im Protokoll die jeweilige Beantwortung gleich nach der Frage.

Hr. Dieter Matter muss etwas zum Logo sagen. Er will wirklich nicht über das Logo selber diskutieren, denn er empfindet es als ein gutes Logo und findet es sehr schade, dass dieses noch nicht umgesetzt werden konnte. Was ihn jedoch traurig dünkt, ist, dass der Stadtrat und die Stadtverwaltung mit diesem Logo wieder eine Schlappe einfangen mussten, welche effektiv Gehör gefunden hat in der Bevölkerung.

Dieter Matter liest die Zeitung immer erst am Abend, da er am Morgen einfach nicht dazu kommt. Und das Erste, was er hörte, als er am Abend in die Stadt kam, war: „Was ist im Stadtrat mit diesem Logo wieder passiert?“ Wie bereits gesagt, hatte er den Bericht noch nicht gelesen und musste diese weitere Schlappe einfach zur Kenntnis nehmen.

Diese Schlappe kam erst mit einem Medienbericht, welcher an die Presse versandt wurde, zustande. Dies, obwohl die Schrift sowie die Kopierbarkeit des Logos bisher offensichtlich nicht geklärt sind. Mit dieser Pressemitteilung hat man Kurt Blum auf jeden Fall einen Steilpass zugespielt, um über das Logo heranzuziehen. Er hat dies offensichtlich genüsslich genutzt und auch erhebliche Aufmerksamkeit erreicht – ganz im Sinne eines Redaktors. Dieter Matter ist der Meinung, dass dies nicht hätte sein müssen. Vor allem könnte geprüft werden, ob man bereit ist. Zudem ist ein neues Logo ein emotionales Thema, und er ist überzeugt, dass dies nicht einfach in einer Pressemitteilung der Presse mitgegeben werden kann. Vielleicht könnte man einmal eine Pressekonferenz veranstalten und ein wenig Zeit geben, um darüber zu diskutieren.

Es ist wirklich schade, dass die Umsetzung und Einführung des Logos nicht geklappt hat und dies zu einem Negativthema wurde. Dieter Matter stellt fest, dass es in diesem Fall im Stadtrat und bei der Stadtverwaltung absolut an politischem Gefühl gefehlt hat. Es fehlte aber auch an organisatorischem Geschick, um zu prüfen, ob das Logo gut ist, bevor eine Mitteilung gemacht wird. Schlussendlich hat es auch an der nötigen Kontrolle durch die verantwortlichen Führungspersonen gefehlt. Irgendwie hat die Stadt Zofingen genug Schlappen eingefangen, und es sollte doch möglich sein, ein neues Logo einzuführen. Zum Schluss noch die Frage: Wird das Logo noch eingeführt oder nicht?

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, hat sich ebenfalls grauenhaft aufgeregt, weil dies in seinem Ressort passiert ist und das Stadtmarketing sowie die Kommunikation in seinem Bereich liegen. Er möchte versuchen zu erklären, weshalb der Stadtrat welchen Entscheid gefällt hat.

Zuerst einmal steht die Erneuerung des Erscheinungsbildes im Legislaturprogramm des Stadtrates. Entsprechend hat das Ressort des Stadtammanns den Auftrag erhalten, dies zu evaluieren. Was unter Einbezug der Kommission nach bestem Wissen und Gewissen getan wurde. Danach wurde die Arbeit fortgesetzt und man kam in den operativen Bereich, wobei dies den Bereichen Stabsdienste und Stadtmarketing – unter der Führung des Stadtmarketings – übergeben wurde.

Der Stadtammann hat persönlich bereits zwei oder drei solche Erscheinungsbild-Einführungen geleitet und weiss, dass es eine relativ komplizierte Angelegenheit ist, aber nicht eine unmögliche. Er weiss ebenfalls, dass dies eine sehr emotionale Angelegenheit ist. Die Leserinnen und Leser finden jedes neue Zeitungsdesign einen „Seich“, bis sie sich daran gewöhnt haben. Dies sind die Voraussetzungen. Und dass es sorgfältig gemacht werden muss, ist ihm auch klar.

Der Stadtammann trägt auch die Verantwortung, dies zu wenig kontrolliert zu haben, da er im festen Vertrauen war, dass die Kaderleute das auf die Reihe bringen. So kam auch die Medienmitteilung zustande, weil es keine Gründe gab, weshalb Probleme auftauchen könnten.

Der Stadtrat hat sich insofern eine schwierige Aufgabe gestellt, als dass er eine neue Schrift – also keine Office-Schrift – gewählt hat. Dies hat den Vorteil, wirklich ein wenig speziell zu sein, hat aber den Nachteil, dass die Kompatibilität sichergestellt werden muss. Dies war aber nicht das Hauptproblem. Dieses war, dass man sich vorgenommen hatte, auch alle anderen Applikationen, welche nicht über die normalen PCs funktionieren (Rechnungsstellung im Steuerwesen, bei der Repol usw.), nach und nach einzuführen. Nachdem der Stadtrat wirklich in eine gestreckte Gerade hineingelaufen ist – und darüber möchte sich der Stadtammann nicht äussern, da er nicht beeinflussen kann, wie die Medien darüber berichten – hat er sich entschieden, dieses Geschäft zu sistieren und die Vorbereitungsarbeiten so weiter zu treiben, dass auch den emotionalen Komponenten Rechnung getragen werden kann.

Der Hinweis betreffend Medienkonferenz nimmt der Stadtammann gerne so entgegen. Das Resultat ist jedoch beinahe das gleiche. Jede Budget-Medienkonferenz und jede Rechnungs-Medienkonferenz findet in trauter Einsamkeit mit Kurt Blum und Thomas Fürst statt. Dies ist die Mediensituation. Deshalb hat der Stadtrat auch den Entscheid gefällt, keine Medienkonferenz einzuberufen, weil es sich um eine optische Angelegenheit handelt und er auch vom Radio verständlicherweise kein so grosses Interesse gespürt hat.

Der Stadtammann möchte seinen Stadtratskolleginnen und Stadtratskollegen eine saubere Lösung bieten können für alle Umsetzungsapplikationen, also nicht nur für jene im Office. Wenn ein neues Logo eingeführt wird, dann ganz konsequent über alle Bereiche. Hier kann der Stadtammann versprechen, dass er dieses Mal die direkt Beteiligten sehr genau kontrollieren wird, bevor die nächste Medienmitteilung versandt wird. Aber dies benötigt zuerst noch einen Entscheid des Gesamtstadtrates.

Den Stadtammann regt dies auch auf, aber er kann es nicht ungeschehen machen. Der Stadtrat war dann einfach der Meinung, dass er – anstelle eines Schreckens ohne Ende zu platzieren – sich lieber zurückzieht, dies sauber vorbereitet und nochmals bringt, wenn er wirklich überzeugt ist.

Fr. Patricia Kettner hat sich lange überlegt, ob sie etwas sagen soll. Schlappe Stadtrat, Schlappe Einwohnerrat ist das eine Stichwort. Hans-Martin Plüss sagte ihr zu Beginn der Sitzung, dass sie zum Trost einen Kollegen aus dem Mühlethal erhalten werde. Sie freut sich auf Marcel Murri, aber sie braucht keinen Trost in der FGPK. Trost braucht sie hingegen, wenn es um das Trauerspiel der Besetzung einer Kommission des Einwohnerrates geht. Hier müssen alle ihre Hausaufgaben ein wenig besser machen.

Anfang dieses Jahres wurde begonnen, die Kommission Seniorenzentrum zu besetzen. Die FDP hat einen Präsidenten vorgeschlagen, im Wissen, dass die Kommission diesen dann selber wählt. Die Reaktionen haben Patricia Kettner erstaunt. Die Person war als solche unbestritten, aber sie wird demnächst das Präsidium des Einwohnerrates übernehmen, und diese Doppelfunktion gehe in Zofingen nicht. Stadtrat Herbert H. Scholl beweist beim Kanton bestens, dass man die Kommission für Aufgabenplanung und Finanzen KAPF leiten und 1. Vizepräsident im Grossen Rat sein kann. Zudem sah man noch die Gefahr, dass sich diese Person mit ihrem Geschäft allenfalls noch bereichern könnte. Als Höhepunkt wurde die FDP aufgefordert, einen anderen Präsidenten zu benennen. Bei der Rückfrage, ob die anderen Fraktionen – SVP ausgenommen – niemanden haben, tönte es unisono, dass niemand zur Verfügung stehe.

Hier braucht Patricia Kettner wirklich Trost. Alle sind engagierte Milizler, alle haben wenig Zeit, aber alle sind gewählt, um die Verantwortungen im Einwohnerrat wahrzunehmen. In diesem Sinne hofft sie, dass der Rat nie mehr solche Schwierigkeiten haben wird, Kommissionen zu besetzen und Präsidenten oder Präsidentinnen zu finden. Es war ihr ein Anliegen, dies hier vorzubringen. Zusammen ist man stark, und wenn jeder ein wenig dazu beiträgt, kann eine Lösung gefunden werden. Sie hat keine Frage, aber sie musste dies einfach einmal loswerden.



Eine Frage hat sie zum Rosengarten. Wahrscheinlich wären alle, insbesondere Stadtrat Hansruedi Gilgen, enttäuscht gewesen, wenn sie dazu keine Fragen gestellt hätte. Hans-Martin Plüss wünschte der Verwaltung vorhin viel Glück bei der Umsetzung all dieser anstehenden Prozesse. Glück ist wohl gewünscht, aber Professionalität wird benötigt. Patricia Kettner hofft, dass vor lauter Erarbeiten dieser Pflichtenhefte die Arbeit nicht vergessen geht. Sie will nicht mehr länger werden, möchte aber wissen, wo das Projekt Rosengarten steht.

Hr. Hansruedi Gilgen, Stadtrat, ist eigentlich nicht so masochistisch veranlagt, dass er grosse Freude daran hat, dass dies schon bald zum permanenten Traktandum wird. Er stellt fest, dass der versprochene Zeitplan, welcher seinerzeit beim Gespräch mit den Fraktionsvertretern bekannt gegeben wurde, nicht eingehalten wurde. Und zwar in eigener Prioritätensetzung durch den Projektleiter und ohne Bekanntgabe und Information an den direkten Vorgesetzten und politisch Verantwortlichen. Er ist der Meinung, dass zum Lernprozess, welcher der Bereich Bau und Umwelt durchmacht und weiterhin durchmachen wird, gehört, dass die Informationsflüsse sauber sind und dass, selbst wenn das Geschäft nicht so weiter geführt werden kann, wie man dies persönlich gern hätte, die Politik die Termine und Prioritäten setzt, und nicht der einzelne Mitarbeitende.

Der verbindliche Terminplan geht davon aus, dass auf einen schönen Herbst gehofft werden muss, um den offenen Rosengarten benützen zu können. Die Bauarbeiten sollen Ende September abgeschlossen sein. Hansruedi Gilgen weiss, dass nicht nur er, sondern auch der direkte Vorgesetzte sehr genau darauf achten wird, dass der Terminplan eingehalten wird.

Hr. Thomas Bühler wurde verschiedene Male betreffend der Bänke in der Altstadt angesprochen. Alle zusammen möchten eigentlich eine attraktive Altstadt, und zwar für alle Generationen. Nun wurde er von älteren Leuten angesprochen, welche auf den neuen Bänken sitzen, nachher jedoch nicht mehr aufstehen können. Nun möchte er wissen, ob die Bänke in der Stadt zu tief sind, ob diese geprüft wurden und für alle Generationen bestimmt sind.

Hr. Hansruedi Gilgen, Stadtrat, antwortet, dass nicht nur Thomas Bühler deswegen angegangen wird, sondern auch der Stadtrat direkt und der Stadtammann in seiner Sprechstunde. An sich ist die Sitzhöhe der Bänke eine Standard-Sitzhöhe. Sie entspricht also durchaus den üblichen Massen. Möglicherweise aber dem unteren Ende der Bandbreite dieser Skala. Der Stadtrat hat sich vorgenommen, dies nochmals zu überprüfen. Vor allem auch im Hinblick auf die Bänke, welche in der Oberstadt versetzt werden.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, kann vielleicht noch eine Ergänzung aus eigener Erfahrung machen. Er hatte ältere Damen und Herren in seiner Sprechstunde, und die Meinungen bezüglich Höhe der Bänke gehen sehr stark auseinander. Die einen gratulieren, und die anderen finden diese zu tief. Hier wird es wahrscheinlich Schwierigkeiten geben, herauszufinden, was wirklich gemacht werden muss. Die einen finden es super, weil sie absitzen können, und die anderen finden es ganz schlimm, weil sie darüber ihr Schlafzimmer haben und es manchmal ein wenig lauter ist, wenn Leute dort sitzen und sich unterhalten.

Hr. Hans Rudolf Schlatter hält fest, dass der Einwohnerrat letzte Woche noch eine andere Pressemitteilung erhalten hat: Gesamtsanierung BZZ, bauliche Sofortmassnahmen. Da er nun ein wenig „PUK geschädigt“ ist, hat es bei ihm geläutet. Man beginnt Gänge zu streichen, Lampen zu ersetzen und macht anschliessend noch eine Gesamtsanierung. Irgendwie kann es dies nicht sein. Gibt es hier ein Projektkontrollblatt des Kantons oder einen Zeitplan? Im Jahr 2009 sind CHF 200'000.– im Finanzplan eingestellt, und hier ist bereits von Gesamtkosten – Kanton und Stadt zusammen – von CHF 3,1 Mio. die Rede. Dies geht ja nicht auf.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, erklärt, dass es im Finanz- und Investitionsplan darum geht, einigermaßen zu quantifizieren, was auf einen zukommt. In der Situation des BZZ hatte der Stadtrat ein wenig eine unerfreuliche Ausgangslage. Die Gesamtsanierung hätte aufgrund des Alters des BZZ bereits vor fünf oder sechs Jahren in Angriff genommen werden müssen. Eine vergleichbare Anlage in Baden, welche vom gleichen Architekten erstellt wurde, ist schon saniert. Man hat dies immer wieder hinausgeschoben, was mit den Finanzmöglichkeiten des Kantons im Bereich Hochbauten zu tun hat.

Nun war die Gelegenheit dank der guten Finanzlage des Kantons da. Der Stadtrat hat auch entsprechend Druck gemacht und den Bildungsdirektor zu einem Rundgang eingeladen. Er hat ihm die Gebäudeteile gezeigt, welche die Stadt zu verantworten hat – das heisst die Berufsschulen. Danach ging der Stadtrat mit ihm in das Gebäude der Kantonsschule. Der Bildungsdirektor hat dann eine gewisse Differenz festgestellt und hat anschliessend auch sofort reagiert. Es dauerte lediglich zwei Wochen, bis er fand, dass die Gesamtsanierung vorgezogen werden müsse.

Es besteht jedoch ein akutes Problem. Gewisse Sanierungen sind schlicht überfällig, insbesondere die Dächer. Hier mussten Sofortmassnahmen umgesetzt werden, weil, wenn man die Gesamtsanierung auslöst, dies zwei bis drei Jahre dauert, bis die Planung entsprechend abgeschlossen ist. Deshalb werden Sachen, welche nichts präjudizieren, vorgezogen. Dies sind ausser den Dächern auch Gebäudeteile, welche durch die Gesamtsanierung nicht verändert werden.

Für den Stadtrat war die Chance da, sofort zuzupacken. Kommt noch dazu, dass die CHF 3 Mio. natürlich brutto sind. Der Einwohnerrat kann sich bestimmt an die ähnliche Situation bei der HPS erinnern. Was die Stadt am Schluss noch bezahlt, ist je nach Gebäudesituation ein Bruchteil. Was die Stadt anbelangt, hat der Stadtrat seine Hausaufgaben sehr gut gemacht.

Fr. Mirella Bär hat eine Frage zur Spielwiese am Rigiweg. Die Spielwiese ist je länger je mehr zu einem Fussballplatz mutiert. Von der Stadt her wurden einmal zwei Tore aufgestellt, die nötige Infrastruktur fehlt aber. Das heisst, dass es weder einen Unterstand, noch Toiletten oder Wasser hat für die Kinder bzw. Jugendlichen, welche dort spielen gehen. Diese müssen ihre Notdurft im Freien verrichten, was bedeutet: In den Gärten, auf der umliegenden Wiese oder hinter den Büschen. Dass dies im Sommer nicht ganz so fein duftet, sollte allen klar sein. Bei heissem Wetter genügt diesen Kindern das mitgebrachte Getränk nicht, und sie dürfen sich an den privaten Wasseranschlüssen bedienen. Die Anwohner haben dies eigentlich mit Verständnis toleriert, aber in letzter Zeit ist dies ein wenig ausgeartet, indem nicht nur getrunken, sondern mit dem Wasser anderweitig herumgespritzt wird. Ein weiterer Punkt ist noch, dass vom Fussballclub her geregelt ist, wann die Junioren auf der Spielwiese trainieren dürfen. Hingegen ist der Sonntag unklar. Sehr viele fahren mit dem Auto hin und parkieren am Strassenrand, und der Lärmpegel ist für die Anwohner teilweise nicht mehr tragbar. Sie haben keine Sonntagsruhe mehr. Wer regelt dies, wie ist dies geordnet?

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, antwortet, dass Zofingen seit Anfang 2006 Pilotgemeinde im Gebilde „lokales Bewegungs- und Sportnetz“ ist. Dieses hat das Ziel, in den Gemeinden die Bewegung zu fördern. Die Ausgangslage ist die, dass immer mehr Leute sich nicht in Vereinen bewegen, sondern punktuell nach Lust und Laune. Deshalb auch die Aktion „Schweiz bewegt“. Ein Drittel der Leute bewegt sich auf diese Art. Entsprechend hat die Stadt Zofingen auch mehrere Sportanlagen oder -plätze, auf welchen man genau diese Art von Bewegung fördern möchte. Einer davon ist der Sportplatz am Rigiweg, ein anderer ist am Buchmattweg. Dort kann man sich und soll man sich bewegen, und zwar in freier Gruppierung.

Am Rigiweg ist es effektiv so, dass der Sportplatz rege benützt wird und auch all diese Sachen, welche Mirella Bär vorhin erklärt hat, mehr oder weniger harmlos oder gravierend eintreten. Aber der Stadtrat möchte eigentlich, dass sich die Leute bewegen. Der Stadtammann kann hier einfach festhalten, dass der Sportclub Zofingen dort seit mehr als einem Jahr keine offiziellen Trainings mehr abhält. Es sind lockere Gruppierungen, welche auf diesem Platz Fussball spielen. Es ist gewollt, dass Fussball gespielt wird und sich die Leute bewegen. Punkto WC-Anlagen müsste einmal ein Grundsatzentscheid gefällt werden, ob überall Toi-Toi-WCs aufgestellt werden sollen.

In diesem Zusammenhang muss der Stadtammann darauf hinweisen, dass fast die gesamten Anlagen des BZZ aus dem gleichen Grund über das Wochenende für das Publikum, welches sich nicht in organisierten Gruppierungen bewegen will, geöffnet sind. Dies hat beispielsweise dazu geführt, dass ein Rubtan-Platz in einem doppelt so schnellen Rhythmus erneuert werden musste, weil dort jedes Wochenende Volleyball, Fussball und andere Spiele gespielt werden.

Es ist natürlich um einiges weniger gravierend, wenn dies in einer Schulanlage ist, wo man sich den Lärm gewohnt ist, als in einem Quartier. Der Stadtrat versucht, möglichst alle Massnahmen zu ergreifen. Am Buchmattweg wurden beispielsweise die Ballfangnetze erhöht, weil die Anwohnerinnen und Anwohner sagten, dass immer Bälle darüber fliegen. Der Platz am Rigiweg ist sehr beliebt, und der Stadtrat fördert dies. Er ist sich aber im Klaren, dass dies für die Anwohnenden zu negativen Erscheinungen führt.

Stadtratskollege Herbert H. Scholl hat dem Stadtammann mitgeteilt, dass dort bezüglich Parkierung regelmässig Kontrollen durchgeführt werden. Aber schlussendlich macht dies natürlich auch die Menge aus.

Der Stadtrat ist der Meinung, dass momentan nicht bei jedem Quartierplatz ein Toi-Toi-WC aufgestellt werden soll, weil diese eigentlich für das freie Spielen und Bewegen gedacht sind, und nicht für das Abhalten von offiziellen Trainings, bei welchen Duschen und WCs zur Verfügung stehen müssen.

Hr. Robert Weishaupt geht es um die Lärmschutzwände entlang der SBB-Linie von Zofingen Richtung Luzern. Man hat gesehen und gelesen, dass diese nur auf der einen Seite realisiert werden und eigentlich erst beim ehemaligen Bahnübergang Brittnauerstrasse/Färberstrasse beginnen sowie im Gebiet Altachen wieder enden. Weshalb werden die Lärmschutzwände nur auf einer Seite erstellt? Weshalb werden diese nicht näher zum Bahnübergang Strengelbacherstrasse herangezogen? Wurde bei der SBB, welche die Bauführung unter sich hat, in Kenntnis, dass die Lärmschutzwände nur auf einer Seite errichtet werden, genügend Druck gemacht, damit die weiteren Lärmschutzwände in absehbarer Zeit realisiert werden?

Robert Weishaupt kam zu Ohren, dass Veloimporteure gerne die grosse Ausstellung „Bike Days“ in Zofingen durchgeführt hätten. Dies hätte rund 40'000 Personen nach Zofingen gelockt. Und Zofingen wäre eigentlich daran interessiert, sich im Zusammenhang mit dem Regionsmarketing ein wenig in diese Richtung zu vermarkten. Dieser Anlass kommt aber nicht zustande, weil der Stadtrat die Bewilligung nicht erteilt hat. Weshalb wurde die Bewilligung hier nicht erteilt?

Der dritte Punkt ist keine Frage, sondern eine Einladung zu einem Referat mit anschliessender Diskussion zum Thema „Unsere Altstadt – wie weiter?“. Die Podiumsdiskussion ist auf Mittwoch, 4. Juni 2008, 20.00 Uhr, im Alten Gerichtssaal im Rathaus angesetzt. Zuerst referiert Herr Urs Brülisauer, Netzwerk Altstadt, Burgdorf, und anschliessend ist die Diskussion offen. Robert Weishaupt lädt alle Einwohnerräte und Interessierten dazu ein.

Hr. Urs Schaufelberger, Vizeammann, hält fest, dass die Lärmschutzwände kein kommunales Projekt sind. Es ist zwar in Zofingen aufgelegt, aber die SBB sind laut Bundesgesetz und Lärmschutzverordnung sanierungspflichtig. Es ist so, dass die SBB ein gesamtschweizerisches Konzept umsetzen muss, welches auf drei Ebenen basiert:

1. Dies hat höchste Priorität, da es auch das effizienteste ist. Die SBB will am Rollmaterial selber Lärmschutz betreiben. Dabei geht es vor allem darum, von den Gussbremsen wegzukommen und auf Scheibenbremsen zu wechseln. Diese haben eine ganz massive Reduktion der Lärmbelastung – Grössenordnung 15 Dezibel – zur Folge, was die Wahrnehmung des Geräusches ungefähr halbiert.
2. Gebiete, bei welchen die Massnahmen nicht ausreichen, werden baulich geschützt. Das heisst mit Lärmschutzwänden.
3. Der Einbau von Lärmschutzfenstern.

Nun ist es so, dass die SBB nicht punktuell hingehen und dies in der einen Gemeinde so und in der anderen wieder anders beurteilen können. Die Lärmbelastungen werden nach einem schweizweit definierten Standard erhoben und ebenso welche Massnahmen die SBB als Sanierungspflichtige auslöst. In Zofingen war dies nicht anders. Im Übrigen betrifft dies nicht nur Zofingen, sondern die Region, welche mit den angrenzenden Gemeinden gebildet wird, in welcher diese Beurteilung vorgenommen wurde.

Die Stadt Zofingen wurde über das Projekt bzw. die Erhebungen und Konsequenzen einfach informiert. Das heisst, Vizeammann Urs Schaufelberger und Hansruedi Gilgen, als zuständiger Stadtrat, wenn es um Immissionen und Umweltschutz geht. Beide waren an der Information dabei. Sie wurden über die technischen Details, die Abläufe und die Beurteilungskriterien informiert, sowie, dass die Auflage in der Gemeinde Zofingen stattfinden wird. Seinerzeit haben sie angeregt, allenfalls eine öffentliche Informationsveranstaltung zu diesem Thema durchzuführen. Die SBB machten dies nicht und haben einfach die direkt Betroffenen angeschrieben.

Es ist so, dass aufgrund der Berechnungen der SBB die entsprechenden Massnahmen abgeleitet werden. Dabei gibt es einen so genannten Kosten-Nutzen-Index (KNI). Die technischen Berechnungen haben ergeben, dass in Zofingen auf 600 Meter Lärmschutzwände errichtet werden müssen. Auf der anderen Seite kommt aufgrund der technischen Messungen, Beurteilungen und Simulationen der SBB die dritte Stufe zur Anwendung, in diesem Bereich werden 70 Lärmschutzfenster eingebaut. Bei weiteren baulichen Massnahmen ist die SBB nicht sanierungspflichtig, diese müssten durch Private finanziert werden.

Das Verfahren ist in Zofingen aufgelegt, und von Betroffenen wurden knapp 20 Einsprachen gegen dieses Projekt eingereicht. Bei diesem Projekt ist weder die Gemeinde, noch der Kanton federführend, sondern der Bund bzw. das Bundesamt für Verkehr, welches auch die Einsprachen zu behandeln hat und entscheidet, ob es eine Einspracheverhandlung gibt. Momentan ist der Stand derjenige, dass die SBB zu Händen des Bundesamtes zu diesen Einsprachen Stellung nehmen müssen. Danach wird verifiziert werden müssen, ob die Berechnungen der SBB korrekt sind und es wirklich nur auf der einen Seite Lärmschutzwände braucht. Sollte dies Korrekturen geben, gäbe es allenfalls eine Neuauflage eines solchen Projekts. Je nach Verfahren – darauf hat der Stadtrat jedoch keinen Einfluss – wäre der beste Fall, wenn die Einsprachen bis Ende 2008 bereinigt werden könnten. Baulich wäre der Horizont zwei bis drei Jahre. Normalerweise müsste innerhalb von zwei Jahren gebaut werden, aber da dies gemeindeübergreifend ist, könnte dieser Zeitraum auf drei Jahre ausgeweitet werden. Die anderen Bereiche an der Bahnlinie befinden sich aufgrund der Berechnungsgrundlage bzw. Sanierungspflicht nicht im sanierungspflichtigen Perimeter.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, erklärt, dass eine Anfrage der Organisatoren dieses tollen Anlasses vorlag. Von Anfang an wurde ihnen gesagt, dass dies im Bereich Heitern, wo sie hinwollten, sehr kritisch sei. Der Stadtammann und Stadtrat Jürg Bachmann haben die Übung Heitern Open Air zwei Jahre lang intensiv durchgespielt und wissen, wie delikat dieses Naherholungsgebiet ist. Den Organisatoren wurden Alternativen angeboten im Bereich des BZZ. Sie haben abgelehnt auf diese Alternativen einzugehen. Für sie kam nur der Heitern in Frage. Dies war für den Stadtrat aber kein gangbarer Weg, da es nicht nur den Heitern selber, sondern auch die umliegenden Wälder und überhaupt die Natur dermassen in Leidenschaft gezogen hätte, dass er dies nicht hätte verantworten wollen. Es wäre auch um Terrainveränderungen, den Bau von Pisten und Schanzen usw. gegangen. Der Stadtrat war dann der Meinung, dass trotz aller Sympathie für die positiven Teile dieses Anlasses, welche Zofingen marketingmässig effektiv weitergebracht hätten, in Abwägung der Vor- und Nachteile eine ganz klare Antwort gegeben werden muss. Dies hat dann das Projekt zerschlagen.

Die Vorsitzende möchte sich abschliessend dem Votum der Einwohnerrätin Patricia Kettner anschliessen und den Einwohnerrat wieder einmal an seine Verantwortung und Aufgaben erinnern. Manchmal ist es halt nicht getan, wenn man einfach nur an den Einwohnerratssitzungen teilnimmt. Hin und wieder ist auch gefordert, dass man sich vertieft, mit einem Geschäft beschäftigt, Fragen stellt und anschliessend auch bereit ist, in einer Kommission mitzumachen und diese allenfalls zu präsidieren. Auch dies gehört zum Amt des Einwohnerrates. In diesem Sinne dankt sie allen und wünscht allen einen schönen Abend.

Schluss der Sitzung: 19.45 Uhr

Für getreues Protokoll:

DIE RATSPRÄSIDENTIN

  
Käthi Hagmann

DER PROTOKOLLFÜHRER

  
Arthur Senn